



Plenarprotokoll

59. Sitzung

Donnerstag, 14. Mai 2020

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	6985	Jörg Stroedter (SPD)	6994
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	6985	Christian Gräff (CDU)	6995
Dringlichkeit von Tagesordnungspunkt 4 A	6985	Carsten Schatz (LINKE)	6996
Stefan Förster (FDP)	6985	Frank-Christian Hansel (AfD)	6998
Steffen Zillich (LINKE)	6986	Harald Moritz (GRÜNE)	7000
Ergebnis	6986	Senator Dr. Matthias Kollatz	7002
Dringlichkeit eines Antrags der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	6987	2 Fragestunde	7004
Ergebnis	6987	gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
Dringlichkeit eines Antrags der CDU-Fraktion	6987	Empfehlungen für	
Ergebnis	6987	Coronaeindämmungsmaßnahmen	7004
1 Aktuelle Stunde	6987	Lars Düsterhöft (SPD)	7004
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Senatorin Dilek Kalayci	7004
Finanzieller Sinkflug der FBB – fliegt in Berlin bald nur noch der Pleitegeier?	6987	Lars Düsterhöft (SPD)	7005
(auf Antrag der Fraktion der FDP)		Senatorin Dilek Kalayci	7005
Sebastian Czaja (FDP)	6987	Tim-Christopher Zeelen (CDU)	7005
Jörg Stroedter (SPD)	6990	Senatorin Dilek Kalayci	7005
Stefan Förster (FDP)	6991	Forschungslage zur Covid-19-Infektionshäufigkeit bei Kindern	7006
Jörg Stroedter (SPD)	6991	Adrian Grasse (CDU)	7006
Oliver Friederici (CDU)	6992	Regierender Bürgermeister	
Jörg Stroedter (SPD)	6993	Michael Müller	7006
Frank-Christian Hansel (AfD)	6993	Adrian Grasse (CDU)	7006
		Regierender Bürgermeister	
		Michael Müller	7006
		Staatssekretärin Sigrid Klebba	7006
		Tim-Christopher Zeelen (CDU)	7006
		Staatssekretärin Sigrid Klebba	7007
		Schutz von betrieblichen Ausbildungsplätzen in der Coronakrise	7007
		Franziska Brychey (LINKE)	7007
		Senatorin Elke Breitenbach	7007
		Franziska Brychey (LINKE)	7007

(Dr. Maren Jasper-Winter)

[Beifall bei der FDP und der AfD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Denn: Wir alle, wir hier in diesem Hause sind die Beauftragten für die Bürgerinnen und Bürger.

[Burkard Dregger (CDU): So ist es!]

Das sind wir, kein anderer, und das finde ich richtig. Wir in unserer Heterogenität, mit unseren verschiedenen Ansichten, unseren unterschiedlichen Hintergründen, Männer und Frauen, alt und jung – wir sollten die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt direkt, besser und schneller beantworten. Wir sind es, die diese Aufgabe annehmen und umsetzen müssen. Damit leisten wir einen wertvollen Beitrag zur Demokratie.

[Beifall bei der FDP und der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN,
den GRÜNEN und der AfD]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Bericht wurde abgegeben und besprochen. Dennoch gestatten Sie mir, dass ich die Gelegenheit ergreifen und auch im Namen des Präsidiums dem Vorsitzenden des Ausschusses, aber auch allen Beteiligten, den Abgeordneten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Petitionsausschusses ausdrücklich für die engagierte und wertvolle Arbeit danke. – Vielen Dank!

[Allgemeiner Beifall]

Wir kommen zur

lfd. Nr. 4:

Prioritäten

gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 4.1

Priorität der Fraktion der SPD

Tagesordnungspunkt 5

Gesetz zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes und der Kindertagesförderungsverordnung, zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes in der Überleitungsfassung für Berlin, zur Änderung des Straßenreinigungsgesetzes, zur Änderung des Berliner Betriebe-Gesetzes sowie zur Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes (Haushaltsumsetzungsgesetz 2020)

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [18/2665](#)

Erste Lesung

Ich eröffne die erste Lesung der Gesetzesvorlage. In der Beratung beginnt die Fraktion der SPD. Es hat das Wort Herr Abgeordneter Schneider. – Bitte!

Torsten Schneider (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Senat hat dem Abgeordnetenhaus ein sogenanntes Haushaltsumsetzungsgesetz vorgelegt, ein technisches Instrument, um die politischen Entscheidungen, die abgeschlossenen politischen Diskurse, das abgeschlossene Abwägen des Für und Wider während der Haushaltsberatungen da umsetzen zu können, wo gesetzliche Novellierungen erforderlich sind. Dafür gebührt dem Senat erst mal im Namen der SPD-Fraktion unser Dank!

[Beifall]

Weil ich betont habe, dass es abgeschlossene politische Prozesse sind, will ich es Ihnen überlassen, das hier erneut aufzurufen. Ich will deshalb in Kurzform erinnern: Einige dieser Umsetzungen sind besonders zeitkritisch. Das anbelangt zum Beispiel die besonderen Anreizschaffungen für Lehrerinnen und Lehrer in sogenannten Problemlagen, in sogenannten Kiezen, wo wir mit der Lehrerausstattung unzufrieden sind und wo wir uns wünschen, dass sich da die Besten in besonderer Weise engagieren. Diesen Kolleginnen und Kollegen gilt unser Respekt und unser Dank, und das bringt dieses Berliner Abgeordnetenhaus auch monetär zum Ausdruck. Deshalb freue ich mich, dass die im August auslaufende Regel jetzt rechtzeitig fortgeschrieben werden kann. Das ist, ich sage es ausdrücklich, ein politischer Erfolg der Koalition.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD
und den GRÜNEN]

Zum anderen sind wir fest verabredet, auch das war ein längerer Diskurs, und freuen uns. Wir müssen das Betriebs-Gesetz anfassen, dass nunmehr die BSR großflächig in der Stadt für Annehmlichkeit sorgt, dass die BSR zur Reinigung greift und insoweit die Bezirke eine substantielle Unterstützung erfahren. Das wird die Stadt bereichern. Das ist ein politischer Erfolg, und jetzt wird er mit den erforderlichen Gesetzesnovellen auch in die Realität umgesetzt.

[Beifall bei der SPD und den GRÜNEN]

Selbstverständlich haben wir auch politisch andere Gewichtungen. Das ist die, da will ich gar nicht drum herumreden, sogenannte Ballungsraumzulage. Ich glaube, die CDU hat konzeptionell einen anderen Vorschlag, 500-Euro-Schecks oder so was, das muss ich mir noch genauer ansehen. An dieser Ballungsraumzulage, das sage ich so ausdrücklich, halten die SPD-Fraktion und die Koalition ausdrücklich fest. Das haben wir uns auch nicht leicht gemacht, denn wir sind in einer finanzpolitischen Krisensituation, deren Ausmaß so noch nicht absehbar ist, und das sind konsumtiv wirkende 250 Millionen Euro. Wir halten aber daran fest, weil wir zutiefst überzeugt sind, dass es der richtige Weg ist, in den unteren

(Torsten Schneider)

Lohnsektoren klar ein Bekenntnis abzugeben, zur Verstärkung beizutragen, und auch unter konjunkturellen Gesichtspunkten uns klar dazu zu bekennen, eine Viertelmilliarde Euro konsumtiv für die Binnenkonsumtion in dieses Land zu bringen. Andere werden so was noch erfinden müssen, da sind wir schon sortiert. Das ist für die SPD-Fraktion und die Koalition auch ein sehr großer Erfolg.

[Beifall bei der SPD –
Beifall von Steffen Zillich (LINKE)]

Ja, die SPD hat sich auch in der Fraktion beraten und unterstützt den Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters hinsichtlich der hier so gelabelten Heldenprämien.

[Zuruf von Paul Fresdorf (FDP)]

Wir lassen hinsichtlich der Finanzierungsmethode gerne mit uns reden. Bisher ist der Vorschlag der SPD-Fraktion aus ihrem sogenannten Ticket zu finanzieren. Wenn da jemand eine andere Idee hat, sind wir für entsprechende Vorschläge offen.

Ich will auch nicht verhehlen, da habe ich ja etwas skizziert, was in der Koalition noch nicht zu Ende diskutiert ist, dass auch wir noch einen überlegenswerten Aspekt haben, das ist der Artikel VI. Da wird vom Senat vorgeschlagen, rund 60 Millionen Euro dadurch einzusparen, dass Gelder nicht in die Pensionsrückstellung geführt werden. Da muss man nach meiner Auffassung abwägen, ob diese 60 Millionen sozusagen einen substanziellen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten. Formal handelt es sich, insoweit sind wir uns, glaube ich, innerkoalitional auch einig, nicht um eine Haushaltsumsetzung im engeren Sinne, sondern um einen Senatsbeifang. Wir werden diesen Vorschlag angemessen diskutieren. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Für die Fraktion der CDU hat das Wort jetzt Herr Abgeordneter Goiny.

Christian Goiny (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat kommt diese Gesetzesvorlage nicht überraschend, sie war ja von den Koalitionsfraktionen angekündigt worden. Deswegen überrascht es uns umso mehr, dass sie nach wie vor so viele formale Schwächen hat, mit denen man jetzt nicht rechnen musste.

[Zuruf von Paul Fresdorf (FDP)]

Da kann man sagen, das reiht sich in viele Dinge ein, die wir in den letzten Wochen und Monaten feststellen mussten, wie die Koalition, insbesondere auch der Senat arbei-

tet, aber es ist doch ein Stück enttäuschend. Ich will das mal konkretisieren, was wir hier bemängeln.

Zum einen mal ganz formal, an anderer Stelle ist Ihnen das immer wichtig: Die Gewerkschaften sind nicht beteiligt worden. Normalerweise sind ihnen solche Gesetzesvorlagen immer vorab zur Stellungnahme zuzuleiten. Das ist hier nicht der Fall gewesen. Wir gehen mal davon aus, dass uns zur Beratung im Hauptausschuss vom Senat noch eine entsprechende Stellungnahme nachgereicht wird. Hinsichtlich der Frage, wie wir im Tarifbereich vorgehen, ist uns nicht bekannt, dass die Tarifgemeinschaft der Länder diesem Vorhaben schon zugestimmt hat. Das ist ja ein Punkt, das weiß vielleicht der eine oder andere, dass wir im Tarifrecht als Mitglied der TdL nicht einfach schalten und walten können, wie wir wollen. Auch da erwarten wir, dass wir zur Beratung im Hauptausschuss die entsprechende Information bekommen.

[Beifall bei der CDU]

Die Entnahme aus der Versorgungsrücklage – auch dafür gibt es Gremien. Die haben bisher nicht getagt, und da ist es nicht besprochen worden. Auch da gehen wir mal davon aus, dass das bis zur Sitzung und Beratung im Hauptausschuss dann entsprechend nachgeholt und uns das Ergebnis mitgeteilt wird. Es ist allerdings nur schwer erklärlich, warum diese formalen Voraussetzungen bei einem Gesetz, das das Parlament mit einem mehr als halbjährigen Vorlauf erreicht hat, nicht berücksichtigt worden sind. Da sind wir auf die Ausreden des Senats und der Koalition sehr gespannt.

Ansonsten hat natürlich das, was Sie hier regeln, ein bisschen Licht, aber auch sehr viel Schatten. Also dass wir die B-Besoldung auf der Bezirksebene einführen, das ist, finden wir, ein guter Vorschlag. Unsere Bildungspolitiker haben in der Vergangenheit wiederholt darauf hingewiesen, dass das, was Sie im Bereich der Brennpunktschulen vorhaben, kein so guter Vorschlag ist. Das lehnen wir weiterhin ab.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Dann kommen wir mal zu dem, was Sie besoldungstechnisch machen, denn da wird es immer verquaster, da haben Sie sich mit Ihren Vorschlägen schon lange verdrückt. Was wir vorgeschlagen haben, war etwas, was tatsächlich breiter gestreut angelegt ist für diejenigen, die jetzt in Zeiten der Coronapandemie besonderes geleistet haben, eben auch ein Stück Konjunkturpaket. Da haben wir mit unserem Berlin-Pakt einen entsprechend umfassenden Aufschlag gemacht.

Was Sie mit der Ballungsraumzulage vorschlagen, wenn ich mich dunkel erinnere, war ja schon eine Idee, die bei Ihnen herumgeisterte, als es Corona noch gar nicht gab.

[Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)]

– Ja, klar, wie bei den Haushaltsberatungen!